



Dr. Thomas Mirow

*Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau
und Entwicklung, London*

**„20 Jahre nach dem Fall der Mauer –
Perspektiven für das östliche Europa“**

Am 6. Jan. 1953 geboren in Paris. 1970 Abitur in Bonn. 1970-75 Studium der Politischen Wissenschaften, Sozialwissenschaften und Romanistik in Bonn. 1975-83 erst Assistent, dann Referent und schließlich Leiter des Büros des SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers a.D. Willy Brandt. Zwischen 1983-2001 nacheinander Direktor Staatliche Pressestelle, Chef der Senatskanzlei, Senator für Stadtentwicklung und Wirtschaftssenator der Freien und Hansestadt Hamburg. Dazwischen 1988-91 und 2002-05 selbstständiger Politik- und Unternehmensberater. Nov. 2005 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen. Seit Juli 2008 Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, London.

Herr von Foerster, meine Damen und Herren, Sie mussten sich keine Sorgen machen, dass ich mich hätte unwohl fühlen können, ganz im Gegenteil. Ich habe mich auf diesen Abend seit Längerem gefreut. Und wenn ich gewusst hätte, mit welcher freundlichen Akkuratesse mein inzwischen reichlich langer beruflicher Lebensweg hier nachgezeichnet wird, dann wäre die Vorfreude wohl noch größer gewesen. Ich fühlte mich bei Ihren Ausführungen, Herr von Foerster, ein bisschen an das Wort unseres früheren Bundespräsidenten Johannes Rau erinnert, der einmal sagte: Es ist kaum vorstellbar, wie viel Lob ein Mann ertragen kann.

Meine Damen und Herren, heute vor genau 20 Jahren, man kann sagen, mehr oder weniger zu diesen Stunden, nämlich am 4. November 1989, erlebte die DDR die größte, von ihren Bürgern selbst organisierte und nicht vom Regime angeordnete Demonstration ihrer Geschichte. Es sollte die letzte werden.

Hunderttausende Menschen versammelten sich auf dem Alexanderplatz im Zentrum Berlins, um – wie Stefan Heim damals sagte – nach Jahren der geistigen, wirtschaftlichen und politischen Stagnation ein Fenster aufzustoßen. Was dann geschah, war bekanntlich weit mehr als das: Nur fünf Tage später fiel die Berliner Mauer. Der entscheidende Schritt zur Beendigung der Teilung Deutschlands und damit Europas war getan. Die Nachkriegszeit war beendet.

Den Weitsichtigeren war damals schon klar, wie viel Mühe es kosten würde, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwüstungen zu beseitigen, die 40 Jahre zentrale Planwirtschaft und autoritäre Einparteiherrschaft angerichtet hatten. An ebenjenem 4. November 1989 mahnte der Schriftsteller Christof Hein die Menschen auf dem Alexanderplatz: „Hüten wir uns davor, die Euphorie dieser Tage mit den noch zu leistenden Veränderungen zu verwechseln.“

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die man in Deutschland meist als Osteuropa-Bank kennt, ist in der früheren DDR selbst nicht engagiert. Wohl aber in allen nahen und fernen Nachbarregionen, die unter denselben Verwerfungen zu leiden hatten wie das östliche Deutschland: Vom Baltikum zum südlichen Balkan bis hin zum fernen Osten Russlands und zur Mongolei reicht unser Einsatzgebiet. Lassen Sie mich als deutscher Präsident dieser Institution anmerken: Gerade in diesen Tagen sollten wir nicht vergessen, dass die Veränderungen in unserem Land unmöglich gewesen wären ohne die Vorleistungen, die ebendiese Nachbarn erbracht haben. Ohne den Mut der polnischen Werftarbeiter, den Freiheitswillen der Bürger von Prag, die Liberalität der Verantwortlichen in Ungarn, die Weitsicht von Michael Gorbatschow in Moskau.

Wir Deutsche, so meine ich, haben also allen Grund heute, 20 Jahre später, den Menschen und Ländern in unserer östlichen Nachbarschaft beizustehen, die durch die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise so schwer

getroffen wurden. Zumal es auch in unserem wohlverstandenen wirtschaftlichen Eigeninteresse liegt. Deutsche Ausfuhren in diese Regionen übertreffen heute bei Weitem die Exporte in die Vereinigten Staaten von Amerika.

Wir sollten uns dabei ermutigt fühlen durch das Ausmaß der historischen Umwälzungen, die in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten stattgefunden haben. Rechtsstaat, Bürgerrechte, Meinungs- und Reisefreiheit sind heute in Europa in einem Ausmaß gegeben wie nie zuvor in der Geschichte. Zehn ehemals kommunistische Staaten Europas sind heute Teil der Europäischen Union.

Das bedeutet weit mehr, als Teil eines gemeinsamen Marktes zu sein. Europa, das ist vor allem anderen eine Wertegemeinschaft. Das hat sich auch in der Krise unserer Tage einmal mehr gezeigt. Keine Region weltweit ist von den tiefen Erschütterungen der Finanzmärkte und der globalen Rezession stärker getroffen als Osteuropa. Nach unserer jüngsten, vor drei Wochen vorgelegten Wachstumsprognose rechnen die EBRD-Ökonomen für die gesamte Region, in der wir tätig sind, in diesem Jahr mit einem Minus von rund 6,5 %.

Hinter dieser besorgniserregenden Ziffer verbergen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen. Besonders dramatische Rückgänge erwarten wir in den baltischen Staaten mit minus 13,2% in Estland, minus 16% in Lettland und minus 18,4% in Litauen, anders gesagt, das Land verliert in einem Jahr etwa ein Fünftel seiner gesamten Wirtschaftsleistung. In Russland rechnen wir mit einem Minus von 8,5%, in der Ukraine, einem Land mit etwa 46 Millionen Menschen, sogar von 14%. Auf der positiven Seite der Skala steht Polen, für das wir in diesem Jahr ein Wachstum von immerhin 1,3% prognostizieren.

Wie erklären sich diese schwerwiegenden Auswirkungen der von den USA ausgehenden Ereignisse, nachdem die meisten Staaten der Region im letzten Jahr zunächst noch robust und widerstandsfähig auf das dramatisch verschlechterte globale Wirtschaftsklima reagiert hatten? Ganz offenbar hat die Krise bestehende Schwächen und Verwundbarkeiten bloßgelegt, die in einem günstigeren Umfeld jahrelang wenig beachtet wurden und um deren Korrektur man sich zu wenig gekümmert hatte:

1. Die rapide Integration der Staaten Mittel- und Osteuropas in die Weltwirtschaft öffnete diesen die Märkte für den Export von Rohstoffen und Industriegütern in einem bis dahin nicht bekannten Ausmaß. Für die Länder Ost- und Südosteupas wurden die westlichen EU-Staaten die mit großem Abstand wichtigsten Absatzmärkte, während es gleichzeitig an Bemühungen fehlte, eigene regionale Absatzmärkte aufzubauen und eigene Marken erfolgreich zu etablieren. Als die westlichen Volkswirtschaften in die Rezession schlitterten, brachen für die Osteuropäer die Exporte dramatisch ein.
2. Viele Länder der EBRD-Region verfügen über reiche Rohstoffvorräte, für die in den vergangenen Boomjahren Rekordpreise gezahlt wurden. Das sicherte kurzfristig hohe Staatseinnahmen, minderte aber den Anreiz zur überfälligen Modernisierung und Diversifizierung der jeweiligen Volkswirtschaften. Nicht jeder Staat legte zudem sein Geld so sorgfältig in einem Stabilitätsfonds an wie Russland, das dann auf diese Mittel zurückgreifen konnte, als es galt, Schlimmeres zu verhindern.
3. Mit der fortschreitenden Integration in die Weltwirtschaft wuchs auch die Abhängigkeit der osteuropäischen Staaten von ausländischem Kapital, während sich die Leistungsbilanzen rapide verschlechterten und die Auslandsschulden stiegen. Die Entwicklung heimischer Kapitalmärkte blieb hinter jener anderer Sektoren zurück. Zum einen, weil die meisten Finanzinstitute in Ost- und Südosteuropa in den vergan-

genen Jahren von westlichen Banken übernommen, saniert und in die Gewinnzone geführt worden waren. Zum anderen, weil gerade in den neuen EU-Staaten angesichts des künftigen Euro-Beitritts keine großen Anstrengungen zur Entwicklung eines heimischen Kapitalmarktes unternommen wurden. Als die Krise den Westen traf, verringerten sich schlagartig die Kapitalflüsse in den Osten. Im Jahr 2009 sind die Auslands-Direktinvestitionen um 80% zurückgegangen und legten damit diese bestehenden Schwächen bloß. In mehreren Fällen musste daher die internationale Gemeinschaft unter der Führung des Weltwährungsfonds eingreifen.

Lassen Sie mich aber auch nachdrücklich daran erinnern, dass sich manche Warnungen der vergangenen Monate, man werde in Osteuropa eine ökonomische Kernschmelze erleben, nicht bewahrheitet haben. Die Krise hat nämlich auch bemerkenswerte Stärken der Länder der Region gezeigt, die ebenso hervorzuheben sind:

- Wir haben keine Zusammenbrüche von systemrelevanten Banken erlebt.
- Es ist zu keinem Währungskollaps gekommen.
- Wir haben keine radikale Abkehr vom Konzept der Marktwirtschaft, des Freihandels und der Demokratie gesehen.

Ungeachtet der massiven äußeren Erschütterungen und der Tiefe der Rezession sind mithin die klassischen Symptome von Schwellenländerkrisen weitgehend ausgeblieben.

Die Gründe dafür sind, so paradox wie es klingen mag, teilweise dieselben, die für die Schwere der Krise mitverantwortlich waren. An erster Stelle ist auch hier die beispiellose Integration Mittel- und Osteuropas in die globale Wirtschaft zu nennen. Durch diese Verankerung war es den Staaten möglich, angemessene und richtige Schritte zur Krisenbekämpfung und -überwindung zu unternehmen. Unterstützt wurden sie dabei durch ein aktives, eng aufeinander abgestimmtes Engagement internationaler Institutionen. Der Weltwährungsfonds, die Europäische Kommission und internationale Finanzinstitutionen wie die Europäische Investitionsbank in Luxemburg, wir von der EBRD und die Weltbank haben entscheidende Schritte getan, um die Krise frühzeitig und entschieden zu bekämpfen. Nicht zu unterschätzen sind zudem die Wirkungsmöglichkeiten der Europäischen Zentralbank auch außerhalb der Euro-Zone, etwa mit sogenannten currency swaps. So ist es gelungen, in der schwersten Krise, die diese Länder seit dem Umbruch 1989 erlebten, ein Mindestmaß an dringend notwendiger Stabilität zu wahren.

Ausländisches Kapital in der Region hat sich zudem in den Monaten der Krise nicht als spekulative Anlage, sondern überwiegend als langfristige Investition erwiesen. Das Engagement westlicher Mutterbanken in Osteuropa, deren Rückzug dramatische Folgen gehabt hätte, konnte nicht zuletzt durch eine konzertierte Aktion aller wesentlichen internationalen Akteure gesichert werden. Dabei konnten wir von der EBRD eine gewisse Rolle mitspielen.

Mit dem starken Rückhalt aller unserer 63 Gesellschafter haben wir im vergangenen Dezember ein Anti-Krisen-Programm geschnürt, das sich auf den Finanzsektor, die Realwirtschaft, besonders wichtige Infrastruktur-Investitionen und Maßnahmen zur Steigerung der Energie-Effizienz konzentriert. Wir arbeiten mit dem Privatsektor, nicht an seiner statt. Und wir können dank unseres Triple-A-Ratings selbst in schwierigen Zeiten erhebliche Mittel mobilisieren. Die Nachfrage nach unseren Krediten und Beteiligungen ist heute höher denn je zuvor. In diesem Jahr werden wir Investitionen von rund 8 Milliarden Euro tätigen, über 50% mehr als 2008. Und der Bedarf dürfte auch in der vor-

hersehbaren Zukunft hoch bleiben, denn es ist davon auszugehen, dass der private Bankensektor noch lange mit den Folgen der Krise zu kämpfen haben wird. Gemeinsam mit der Weltbankgruppe und der Europäischen Investitionsbank haben wir im Februar ein Stützungsprogramm für Banken und Unternehmen von knapp 25 Milliarden Euro bis Ende 2010 vorgelegt, das diese Probleme zielgenau adressiert.

Drohende Kreditausfälle und teure Fremdwährungskredite belasten die Bilanzen der Banken. Die Folge ist, dass es für Unternehmen, insbesondere für kleinere und mittlere Betriebe, schwer bis fast unmöglich ist, bestehende Verbindlichkeiten zu refinanzieren oder gar neue Kredite zu bekommen – und ich glaube, jeder, der in Deutschland unternehmerisch tätig ist, kann sich vorstellen, was das bedeutet, denn schon in Deutschland ist es ja nicht so ganz einfach. Deshalb haben wir in diesem Jahr beispielsweise ein Kreditpaket von rund 430 Millionen Euro an osteuropäische Töchter der UniCredit-Gruppe und ein weiteres von rund 400 Millionen Euro an Niederlassungen der Société Générale in der Region vergeben, wobei diese Kredite an die Weitergabe an lokale klein- und mittelständische Betriebe gebunden sind.

Mit nationalen und internationalen Kraftanstrengungen scheint es mittlerweile gelungen zu sein, den freien Fall der Wirtschaft auch in den meisten Ländern Osteuropas zu stoppen. Im kommenden Jahr rechnen wir hier mit einem durchschnittlichen Wachstum von rund 2½%. Allerdings wird es auch dabei wieder zu bedeutenden Unterschieden zwischen den Ländern der Region kommen. Wie schnell ein Land die Krise überwindet, wird entscheidend davon abhängen, wie die dringendsten internen Probleme angegangen werden, ebenso aber von der Entwicklung der Weltwirtschaft. Kommt es international zu einer selbsttragenden Nachfrage nach Auslaufen der staatlichen Konjunkturprogramme, können gerade Länder wie etwa die Ukraine erheblich profitieren, Länder, deren Landeswährungen seit dem Vorjahr gegenüber dem Dollar teilweise mehr als die Hälfte ihres Wertes verloren haben. Ob es allerdings dazu kommt, bin ich so ganz sicher noch nicht.

Wir müssen daher die gegenwärtige Phase, in der die Abwärtsbewegung zu einem Ende zu kommen scheint, nutzen, um unser Augenmerk auf die nächsten Herausforderungen zu richten. Dazu gehören ein weiteres Anwachsen fauler Kredite und ein starker Anstieg von Insolvenzen sowie ein rapider Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dazu kommt in vielen Ländern der Region das ungelöste Problem einer zu hohen Verschuldung von privaten Haushalten, die in einigen Staaten wie etwa in Ungarn noch dadurch verschärft wird, dass ein großer Teil dieser Schulden in Fremdwährungskrediten gehalten wird, die durch eingetretene Wechselkursverluste heute kaum oder nicht mehr bedient werden können. Viele Staaten der Region müssen deutlich mehr Anstrengungen unternehmen, um auch unter Krisenbedingungen funktionsfähige Finanz- und Kapitalmärkte zu entwickeln. Dabei spielen Fragen der Aufsicht und der Regulierung eine zentrale Rolle. Das verlangt den Regierungen einiges ab. Manche von ihnen haben sich auf diesen Weg gemacht. So hat das besonders krisengeschüttelte Ungarn mit einem harten Sanierungskurs heute erste Erfolge zu verzeichnen. Die Ukraine hingegen, um ein Gegenbeispiel zu nennen, ist durch die politische Dauerrivalität der führenden Akteure in der Bewältigung der Wirtschaftskrise kaum vorangekommen.

Hinter diesen unmittelbar bevorstehenden Konsolidierungsnotwendigkeiten werden heute bereits die Konturen eines zukunftsfähigeren ökonomischen Modells sichtbar. Wir können nicht mit einer Rückkehr zu den spektakulären Wachstumsraten rechnen, wie sie die EBRD-Region jahrelang genossen hat. Wachstumsraten zwischen 5 und 7 bis zu

9, 10%. Kapital- und Risikobereitschaft werden in weitaus geringerem Maße zur Verfügung stehen. Die Staaten werden nach dem massiven Einsatz öffentlicher Mittel und dem gleichzeitigen Absinken von Steuereinnahmen während der Krise ihre Haushalte in Ordnung bringen müssen, fast hätte man gesagt, nicht nur im Osten Europas. Offene Probleme im Bereich der Energieversorgung, Energiesicherheit und Energieeffizienz werden in schwierigen Zeiten noch belastender wirken. Angesichts der drängenden Herausforderungen durch den Klimawandel sind Lösungen hier unabdingbar.

Viele Akteure in der Region im öffentlichen wie im privaten Sektor müssen daher umdenken. Nachhaltige Entwicklung muss Vorrang gegenüber rapider und aggressiver Expansion haben. Aus den Sprint-Rekordlern in Osteuropa müssen Marathon-Läufer werden. Die EBRD wird sich darum bemühen, diesen Prozess gezielt zu unterstützen, etwa durch forcierte Investitionen in die Diversifizierung von Volkswirtschaften oder in richtungweisende Infrastrukturprojekte. Verstärkt blicken wir auch auf Zukunftstechnologien, um den weiter fortgeschrittenen Ländern auf dem Weg von der Werkbank zur Wissensgesellschaft unterstützend beiseitezustehen. Besonders hervorheben möchte ich unsere Initiative für nachhaltige Energie. Mit der in diesem Jahr gestarteten zweiten Phase wollen wir bis zum Jahr 2011 Projekte in einem Gesamtwert von bis zu 15 Milliarden Euro anstoßen und mitfinanzieren, durch die sich CO₂-Minderungen von 25-30 Millionen Tonnen im Jahr erreichen lassen.

Ein besonders wichtiges Element einer stabileren wirtschaftlichen Zukunft in der Region könnte und sollte der Euro sein. Alle EU-Beitrittsstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa haben sich vertraglich zur Einführung der Gemeinschaftswährung verpflichtet. Zwei von ihnen haben bisher die notwendigen Kriterien dafür erfüllt und den Beitritt zur Währungsunion vollzogen: Slowenien und die Slowakei. In der Krise konnten sie den Wert, Teil einer starken Gemeinschaft zu sein, sehr konkret erleben. Andere Staaten haben seither ebenfalls ihre Absicht bekundet, ihre Aktivitäten in Richtung Euro-Beitritt zu verstärken und zu beschleunigen. Die verbindliche Vereinbarung verlässlicher, inhaltlicher und zeitlicher Pläne, wie unter Einhaltung der Maastricht-Kriterien der Beitritt zur Euro-Zone erfolgen soll, würde schon jetzt einen bedeutenden Vertrauengewinn auf den Kapitalmärkten bewirken und damit die Attraktivität Osteuropas als Wirtschaftspartner erhöhen. Die beitrittswilligen Länder müssen dabei unter Beweis stellen, dass sie gewillt sind, alle notwendigen strukturellen Reformen umzusetzen, um hinreichend wettbewerbsfähig der Euro-Zone beizutreten. Die jetzigen Mitglieder der Euro-Gruppe hätten ihrerseits unter Beweis zu stellen, dass sie sich aktiv um die Erweiterung der Euro-Zone bemühen und es nicht vorziehen, weil die Zeiten schwierig sind, eine Weile in Ruhe gelassen zu werden. Ob das jeweilige Beitrittsdatum dann im Jahr 2013, 2014 oder 2015 liegt, ist dagegen zweitrangig. Aber bei einer solchen Grundlage könnte Mitteleuropa dann erfolgreich seine durchaus beachtlichen Stärken ausspielen. Dank beträchtlicher Auslandsinvestitionen befinden sich hier heute einige der modernsten und effizientesten Produktionsstätten Europas. Die Region verfügt über gut ausgebildete, flexible und dynamische Arbeitskräfte. Viele Staaten sind für Investoren aufgrund günstiger Steuersätze, Lohn- und Lohnnebenkosten, aber auch ihres unternehmerfreundlichen Klimes wegen attraktiv. Die Integration hat Mittel- und Osteuropa zum Teil des größeren Heimatmarktes Europa gemacht, deren eigene starke und große Binnenmärkte für westliche Exporteure und Produzenten in der Zukunft an Bedeutung noch gewinnen werden. Polen mit fast 40 Millionen Menschen, die Ukraine mit gut 46 Millionen Men-

schen – das Potenzial dieser Märkte liegt auf der Hand. Wenn also die ökonomischen und politischen Weichen jetzt richtig gestellt werden, wird es nach der unvermeidlichen Verlangsamung des Konvergenzprozesses in Folge der Krise sehr wohl eine neue Phase des Aufschwungs der Region geben können. Auch nach der Krise ist das Potenzialwachstum in Mittel- und Osteuropa höher als im Westen des Kontinents.

Europa, meine Damen und Herren, endet aber nicht an der jetzigen Außengrenze der Europäischen Union. Wer ernsthaft an einer guten Zukunft für ganz Europa interessiert ist, ein Europa, das trotz wachsender demografischer Herausforderungen stark genug ist, auch im 21. Jahrhundert auf der weltpolitischen Bühne eine Rolle zu spielen auf Augenhöhe mit den USA, mit China, mit Indien, mit anderen großen aufstrebenden Mächten, sollte heute buchstäblich weiter denken. Wofür ich deshalb plädieren möchte, ist eine neue Ostpolitik. Diesmal allerdings auf europäischer Ebene. Wenngleich, wie ich mir wünschen würde, mit einem maßgeblichen Anteil deutscher Führungsleistung. Dabei käme es darauf an, vier Gestaltungsebenen zu avisieren.

1.

Die EU hat derzeit drei Beitrittskandidaten und fünf potenzielle Kandidaten. Nun, da die quälend lange Debatte, acht Jahre hat sie gedauert, und die notwendigen inneren Reformen der EU endlich vorbei sind und der Weg für ein Inkrafttreten des Reformvertrags von Lissabon seit gestern freisteht, muss die Union rasch Klarheit schaffen, welche konkrete Beitrittsperspektive sie diesen Staaten zu bieten bereit ist. Wir haben in Osteuropa gesehen, Welch produktive Kräfte diese Aussicht freigesetzt hat. Und ich sage in aller Klarheit, auch für die Staaten des Balkans muss sich der Zugang zu Europa öffnen. Es wäre aus meiner Sicht ein tragischer Fehler, wenn wir die europafreundlichen Kräfte in der Region, wie sie gegenwärtig etwa in dem wichtigsten Land des Balkans, nämlich in Serbien, in einer Regierungsmehrheit zu sehen sind, enttäuschten. Natürlich wird es großer Anstrengungen bedürfen, um Staaten wie Bosnien-Herzegowina oder Montenegro in die Lage zu versetzen, beitreffähig zu werden. Das geschieht nicht von heute auf morgen. Und mir ist dabei auch sehr bewusst, dass eine solche Entscheidung nur dann getroffen werden kann, wenn zuvor in der europäischen Öffentlichkeit engagiert dafür geworben wird. Europäische Entscheidungen, die rein technokratisch und damit an den Völkern vorbei getroffen werden, würden das ohnehin grassierende Misstrauen gegenüber Europa weiter erhöhen und so das Fundament der europäischen Einigung untergraben. Aber wenn Europa diese Anstrengungen nicht auf sich nimmt, dann wird unser Kontinent auf lange Zeit mit einer gefährlich instabilen Flanke in seinem südöstlichen Teil zu kämpfen haben.

2.

Mit Ländern wie der Ukraine, Moldawien oder Weißrussland, aber auch den Staaten des Kaukasus gibt es einen weiteren Kreis europäischer Staaten, die zumindest in absehbarer Zukunft, also bezogen etwa auf die nächsten 10 Jahre, keine realistische EU-Perspektive haben dürfen. Die Europäische Union sollte indes ein eminentes Interesse an engen Beziehungen mit diesen Ländern in unserer Nachbarschaft haben. Sie sollte deshalb auf der Grundlage der insbesondere von Schweden und Polen vor einigen Monaten ins Leben gerufenen sogenannten „Eastern Partnership“ eine konsistente Strategie für den europäischen Raum jenseits der EU entwickeln, der eine enge Anbindung und Annäherung erlaubt, ohne dabei kurz- und mittelfristig unerfüllbare Versprechungen zu machen und unrealistische Hoffnungen zu wecken.

Ich meine, immer weitere EU- und Nato-Mitgliedschaften können nicht länger als alleinige Lösungen gelten. Zumal so lange nicht, solange grundlegende Fragen der Beziehungen zu Russland unbeantwortet sind. Wir müssen bestehende Möglichkeiten wie etwa regionale Partnerschaftsabkommen mit Leben erfüllen und gegebenenfalls neue Beziehungsmuster schaffen. Es muss ein dynamischer Prozess von beiden Seiten ins Leben gerufen werden, in dessen Rahmen ein möglichst dichtmaschiges Netz von Verflechtungen entsteht und mit dem institutionell nachvollzogen werden kann, was die Menschen auch im eigentlichen Osteuropa längst begonnen haben: die Vollendung der Überwindung der europäischen Teilung.

Der bedeutende deutsche Historiker Karl Schlöbel hat für diese Menschen das Wort von den „tschelnoki“, nach dem russischen Wort für Weberschiffchen, geprägt. In seinem 2005 erschienenen Buch „Mariam-pole oder Europas Wiederkehr aus dem Geist der Städte“ schreibt er über ihr Wirken und seine Folgen für die europäische Einheit und mich hat dieses Zitat besonders berührt, weil es so gut nach Hamburg passt:

„Es gibt ein Europa, das wächst lautlos, fast unbemerkt, unspektakulär. Es wird kaum thematisiert, hat wenig Resonanz, da es von Selbstverständlichkeiten handelt, mit denen sich Berufseuropäer und Konferenzprofis nicht abgeben. Dieses Europa hat fast keine Stimme, weil es nicht von Berufs wegen mit Literatur, Visionen oder politischen Projekten beschäftigt ist, sondern mit der Bewältigung des Alltags und den Routinen, die normales Leben möglich machen. Dieses Europa findet man nicht auf Kongressen, sondern auf Autobahnen, in Zügen an Grenzübergängen. Hier arbeiten Spezialisten der Logistik, des Speditions-wesens, des Marketings, des Immobiliengeschäfts, der Infrastruktur. Sie sind die Konterbandisten des Ausgleichs. Sie haben noch keinen der vielen Preise für Europäertum bekommen und doch sind sie die Pioniere des neuen Europa, Spediteure, Filialleiter internationaler Unternehmen, Händler, berufsmäßige Grenzüberschreiter. Gelänge es, sie einmal alle zusammenzubringen, dann könnten sie von den Kriegströmen erzählen, von deren Energie das neue Europa sich speist.“

3.

Die dritte Frage, die es strategisch zu adressieren gilt, bezieht sich auf Russland. Wie kann, wie soll eine strategische Partnerschaft zwischen Europa und Russland im 21. Jahrhundert aussehen? Welches Maß an Verflechtung ist erwünscht? Wo sollen die Grenzen dafür gezogen werden? Wie könnte eine Sicherheitspartnerschaft aussehen, die europäische Schutzbedürfnisse – und die sind in Osteuropa ganz besonders ausgeprägt – ebenso wichtig nimmt wie russische Isolationsängste? In welcher Weise ist Europa bereit, eine langfristig stabile Partnerschaft bei der Nutzung der riesigen russischen Rohstoffvorkommen einzugehen? Und was will Europa tun, um Russland an seiner Seite zu wissen, wenn es um die Lösung schwieriger Konflikte etwa im Nahen Osten oder in Afghanistan geht oder wo globale Gefahren, wie etwa eine unkontrollierte nukleare Proliferation, entschieden angegangen werden müssen? Heute gibt es dazu in der EU fast so viele unterschiedliche Antworten, wie es Mitgliedsstaaten gibt, und für Russland ist bis heute die EU noch immer ein zweitrangiger Partner, den man eindeutig direkten Beziehungen zu Berlin oder zu Paris nachordnet.

4.

Die vierte Frage schließlich lautet: Was will Europa tun, um einen guten Einfluss auf die Entwicklung in Zentralasien zu nehmen? Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenistan bilden

eine Region am Schnittpunkt zwischen Russland und China in unmittelbarer Nachbarschaft zu Ländern wie Pakistan, Afghanistan und Iran. Einige davon sind reich an Rohstoffen. Die meisten sind bitterarm. Militanter Islamismus und zunehmender Drogenhandel sind offensichtliche Risiken in der Region. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat deshalb 2007 damit begonnen, eine EU-Strategie für Zentralasien zu formulieren und auf den Weg zu bringen. Aber es wird erheblicher zusätzlicher Anstrengungen bedürfen, damit Europas Stimme in diesem Teil der Welt, der nur scheinbar weit entfernt liegt, an Bedeutung gewinnt. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer kann Europa trotz vieler Schwerfälligkeiten und nicht weniger Rückschläge auf große Fortschritte zurückblicken. Viel Arbeit an der künftigen Gestalt unseres Kontinents liegt aber noch vor uns.

Das europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell muss im Lichte der Erfahrung dieser Krise modifiziert und weiterentwickelt werden und dies nicht nur im Osten. Und es wird darauf ankommen, eine die Menschen überzeugende Vision von Europa als erfolgreiche Werte- und Friedensgemeinschaft des 21. Jahrhunderts zu formen. Ein geeintes Europa ist ein Europa der Werte, des Rechtsstaats, der Liberalität, der Kultur, des Wettbewerbs und ebenso der Solidarität. Nur ein vollständig geeintes Europa ist ein starkes Europa, das den Sprung zu einem ernstzunehmenden globalen Akteur nimmt. Lange bevor das Werk der europäischen Einigung begann, sagte Gustav Stresemann: „Europa ist nicht ein Gebilde, das für sich leben kann. Europa ist nur möglich innerhalb der Welt und innerhalb der Weltwirtschaft.“

Erst mit der Überwindung der Teilung in Ost und West hat Europa heute wieder die Chance und den Auftrag bekommen, dieser seiner globalen Rolle gerecht zu werden. Daran mitzuwirken, dafür zu arbeiten sollte gerade uns in Deutschland verpflichtender Auftrag sein. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. ■